

## Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Einleitung	29
A. Vorüberlegung	29
B. Gang der Untersuchung	41
C. Der Kontext der rechtspolitischen Forderung nach Einführung von Ausländerwahlrechten	45
I. Der gewachsene ausländische Bevölkerungsanteil und das Be- wusstsein für hiermit verbundene neue gesellschaftliche Aufgaben	45
II. Die europäische Integration	52
D. Kurzer Überblick über die bis 1990 vertretenen Positionen zur Frage nach dem Verhältnis von Verfassungsrecht und der Forderung nach Einführung von Ausländerwahlrechten	56
E. Vorläufiger Abschluss der Debatte durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	58
F. Der Anlass erneuter Diskussion: Die im Zusammenhang mit der Gründung der Europäischen Union entstandenen neuen verfassungsrechtlichen Probleme und ihr Verhältnis zur zuvor herrschenden Meinung	63
G. Vorverständnis und Auslegung	68
H. Zum Ansatz: Interpretation des Grundgesetzes gerade auf der Basis der kantischen Rechtslehre	75

I. Zur Gefahr der Zirkularität und die Art möglicher juristischer Erkenntnis	75
II. Die Brauchbarkeit der philosophischen Rechtslehre Kants für die Interpretation des Grundgesetzes angesichts mancher dem Grundgesetz entgegenstehender Vorstellungen zur Durchführung	77
III. Kritische Rechtslehre und Offenheit für andere als philosophische Aspekte	82
IV. Apriorische Rechtslehre und empirisches Volk als Subjekt demokratischer Entscheidung	83
Teil 1. Der Gesichtspunkt der Untersuchung: Politische Rechte in der philosophischen Rechtslehre Immanuel Kants	86
A. Erster kurzer Blick auf Äußerungen zum Wahlrecht und zur rechtlichen Freiheit	87
I. Wahlrecht für aktive Staatsbürger	87
II. Problemaufriss: Staatsbürger in der Rechtslehre Kants und Staatsangehörige im Sinne des positiven Staatsangehörigkeitsrechts	88
B. Erster kurzer Blick auf den systematischen Ort der Äußerungen zum Wahlrecht in der Philosophie Kants	91
C. Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre	93
I. Begriffliche Vorbereitung: Vernunftkritik und metaphysische Anfangsgründe	93
II. Erarbeitung des Kernproblems der metaphysischen Anfangsgründe des Rechts	116
III. Die Bearbeitung des Zwangsproblems unter moralischen Gesichtspunkten: Die Durchführung des Programms einer praktischen Rechtslehre und das Erfordernis einer prozedural-demokratischen Entscheidungsfindungslehre	138
IV. Die regulative Idee des ursprünglichen Vertrags und der Republik	168

D. Annex zur Frage der Möglichkeit juristischer Relevanz einer sich an den Gesetzgeber wendenden Rechtslehre	253
I. Die Rechtslehre bezieht sich auf Rechtssetzung	253
II. Nach Kant gibt es keine verfassungsschützende Einschränkung der obersten Gewalt durch eine andere Gewalt	256
III. Garantie von Freiheitsrechten gegenüber dem Gesetzgeber ist nur die „Freiheit der Feder“	257
IV. Kerneinwand: Demokratische Struktur des Entscheidungsprozesses garantiert vernünftige Ergebnisse	262
V. Zwischenergebnis: Verfassungsrechtsprechung ist nicht völlig ausgeschlossen	263
VI. Zur Problematik der These, nur Organstreitverfahren ließen sich im Rahmen der kantischen Lehre begründen	263
VII. Ergebnis: Die Möglichkeit juristischer Relevanz der philosophischen Rechtslehre Kants aus ihrer eigenen Perspektive	264
Teil 2. Der Gegenstand der Untersuchung: Die wichtigsten Argumente für die verfassungsrechtlichen Standpunkte	267
A. Argumente grundsätzlicher Art	268
I. Verfassungsvoraussetzung: Das Deutsche Volk (Demos) ist Voraussetzung, nicht Kreation des Grundgesetzes und der Demokratie	268
II. Voraussetzung der Demokratie: Das Deutsche Volk ist durch Art. 20 Abs. 2 i. V. m. 79 Abs. 3 GG geschützter Ausgangspunkt, nicht Geschöpf der im Grundgesetz vorgesehenen Demokratie	288
III. Voraussetzung für Gleichheit: Staatsangehörigkeit als einzig legitimer Anknüpfungspunkt für staatsbürgerlich politische Gleichheit	335
IV. Verstoß gegen Artikel 25 GG	384
V. Institutionelle Garantie der Staatsangehörigkeit	386
VI. Historische Argumente	392
VII. Anti-Universalismus – das Wahlrecht als Privileg	433

VIII. Verfassungsrechtlicher Grundsatz der Nationalstaatlichkeit	436
IX. Argumente, die auf die realen Auswirkungen der Einführung von Wahlrechten für Ausländer abstellen	438
X. Systematische Argumente	454
B. Argumente mit Bezug auf mögliche Differenzierungen	492
I. Unterscheidung: aktive – passive Wahlrechte	492
II. Unterscheidung: Kommunale Ebene – andere Ebenen politischer Entscheidung	495
C. Schluss	524
Literaturverzeichnis	527